

> Berlin aktuell

Informationen zur Arbeit von Ingbert Liebing

Redaktion: Sophie Brachvogel

Für die Mitglieder und Freunde der CDU in Nordfriesland und Dithmarschen Nord

„Herbst der Entscheidungen“ steht der Koalition bevor

Wichtige Gesetzesvorhaben zu Energie, Gesundheit, Bundeswehr und Sozialleistungen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

nach einem nicht leichten ersten Regierungsjahr der christlich-liberalen Koalition startet die Koalition jetzt in den „Herbst der Entscheidungen“, wie Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrer Haushaltsrede vor dem Bundestag formuliert hat.

Wichtige Entscheidungen stehen jetzt ganz oben auf der Tagesordnung:

- das Energiekonzept
- die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zur Neuordnung der Hartz IV-Sätze
- die Sicherung der gesetzlichen Krankenversicherung
- die Reform der Bundeswehr und die Frage nach der Zukunft der Wehrpflicht

Für alle diese Themen hat sich die Koalition auf wesentliche Entscheidungsgrundlagen verständigt, die jetzt Gegenstand des regulären parlamentarischen Verfahrens werden und bis zum Jahresende abgeschlossen werden sollen.

Damit stellt die christlich-liberale Koalition Tatkraft und Entschlossenheit unter Beweis.

Gern möchte ich Ihnen die Grundzüge dieser vier wichtigen Themen darlegen:

Energiekonzept:

Das Energiekonzept, das vom Bundeskabinett und den Koalitionsfraktionen am 28. September beschlossen wurde, beschreibt die Ziele für den Umbau des Energiesystems bis zur Mitte des Jahrhunderts und den Übergang in das regenerative Zeitalter. In neun Handlungsfeldern werden die Schwerpunkte beschrieben, die noch in ca. 60 Einzelmaßnahmen, Gesetzen oder Verordnungen, umgesetzt werden sollen. Zielsetzung ist es, bis zum Jahr 2050 nahezu die Vollversorgung aus erneuerbaren Energien im Strombereich, mindestens jedoch 80 %, zu erreichen.

Energieeinsparung, Energieeffizienz, Netzausbau und Speichertechnologien, Gebäudesanierung und Mobilität sind wichtige Handlungsfelder.

Die begrenzte Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken um 8 bis 14 Jahre ist allemal sinnvoller als der Bau neuer Kohlekraftwerke, die 50 oder 60 Jahre laufen würden—solange, bis wir die Vollversorgung aus erneuerbaren Energien längst erreicht haben wollen. Über die Hälfte der Zusatzgewinne der Kernkraftwerksbetreiber wird abgeschöpft und zum Umbau des Energiesystems, zum Netzausbau und zum Ausbau der erneuerbaren Energien, eingesetzt. Auch wenn man über Einzelheiten des Konzeptes immer streiten kann: Dieses Konzept ist ein sehr ambitioniertes Programm und liegt mit dem Bekenntnis zum Zeitalter regenerativer Energien auch im Interesse Nordfrieslands und Dithmarschens. Aus diesen Gründen habe ich dem Konzept in der Fraktion auch zugestimmt.

Reform der Bundeswehr und Wehrpflicht

Anfang September 2010 hat der Generalinspekteur der Bundeswehr einen Bericht zu den Zielen der Reform und zu möglichen Modellen für die künftige Struktur der Bundeswehr erarbeitet. Ausgangspunkt ist die Analyse der sicherheitspolitischen Bedrohungen, bei denen die klassische Landesverteidigung gegenüber neuen Sicherheitsrisiken und Einsätzen außerhalb des Bündnisgebiets an Bedeutung verliert. Die Bundeswehr wird sich in Zukunft an friedensstabilisierenden und friedensschaffenden Operationen auch außerhalb des Bündnisgebiets beteiligen. Um ein wichtiger Faktor in der internationalen Politik bleiben zu können, wird Deutschland einen Beitrag in NATO und EU leisten müssen. Dazu sind schnellere und flexiblere Strukturen notwendig. Ziel der Reform ist es daher, eine leistungsfähigere und effizientere Organisation zu schaffen. Dies erfordert nicht mehr die allgemeine Wehrpflicht

Die Entscheidung über die Zukunft der Wehrpflicht wird auf den Parteitag von CSU (im Oktober) und CDU (im November) getroffen. Persönlich bin ich aus innerster Überzeugung Anhänger der Wehrpflicht. 1982/83 habe ich noch einen 15monatigen Wehrdienst geleistet. Allerdings komme ich - je mehr ich mich mit der Situation der Bundeswehr befasse - zu dem Ergebnis, dass die Argumentation und Zielsetzung von Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg richtig ist. Dazu haben auch mehrere Besuche bei der Truppe in Nordfriesland beigetragen, wo ich

viel Unterstützung für die Reformziele des Verteidigungsministers erfahren habe.

Am Ende soll und wird eine besser auf ihre veränderten Aufgaben ausgerichtete Bundeswehr stehen. Zwei Fakten mögen die aktuelle Unzulänglichkeit aufzeigen:

1. Heute hat die Bundeswehr gut 250.000 Soldaten. Eigentlich sollen theoretisch 14.000 Soldaten für Auslandseinsätze zur Verfügung stehen.

Tatsächlich sind dies jedoch nur 7.000 - und deren Einsatz führt bereits nahezu zu einer Überforderung. Ein totales Missverhältnis!

2. Die Wehrpflicht soll auch eine breite Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft bewirken. Tatsächlich werden nur noch 16% eines Jahrgangs tatsächlich zum Wehrdienst gezogen. Heute haben wir mehr Zivildienstleistende als Wehrpflichtige. Dies hat das Verhältnis von Regel und Ausnahme auf den Kopf gestellt.

Hartz IV-Regelsätze

Das Bundesverfassungsgericht hatte am 9.2.2010 die Berechnung der Hartz IV-Regelsätze und damit ein Gesetz aus rot-grüner Regierungszeit verworfen. Es fordert keine Erhöhung der Regelsätze, sondern die transparente Berechnung. Dies hat die Koalition jetzt getan.

Die neue Regelleistung für alleinstehende und alleinerziehende Erwachsene wird künftig 364 Euro betragen. Das ist eine Steigerung um fünf Euro. Obwohl die Regelleistung für Kinder und Jugendliche den neuen Berechnungen zufolge hätte sinken müssen, werden wir diese Sätze nicht verringern. Mit der von Bundesministerin Ursula von der Leyen erarbeiteten Neubemessung liegen nunmehr transparent und nachvollziehbar berechnete Hartz-IV-Sätze - auch für Kinder und Jugendliche - vor.

Mit diesem Vorschlag helfen wir denen, die der Hilfe bedürfen, insbesondere Kindern, aber wir unterstützen Anreize zur Selbsthilfe und denken auch an diejenigen, die mit ihrer Arbeit und ihren Steuern diese Hilfe finanzieren.

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten wollen wir Hartz IV nicht möglichst bequem ausgestalten, sondern die Menschen aus Hartz IV herausholen. Das erreichen wir insbesondere durch eine Politik, die in die Fähigkeiten und Köpfe der Kinder und Jugendlichen im SGB-II-Bezug investiert. Zentraler Bestandteil unserer Neuregelung ist deshalb ein Bildungspaket in Höhe von 620 Millionen Euro pro Jahr. Durch dieses Bildungspaket erhält jedes Kind Zugang zu einem Verein in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit, zu Ferienfreizeiten und außerschuli-

scher Bildung mit einem Jahresbeitrag bis zu 120 Euro (Budget monatlich zehn Euro), Schulmaterial im Gegenwert von 100 Euro im Schuljahr (70 Euro zu Schuljahresbeginn, 30 Euro zum Schulhalbjahr) und einen Zuschuss zu Schul- und Kitaausflügen von 30 Euro im Jahr. Kinder und Jugendliche, die am Kita- oder Schulmittagessen teilnehmen, erhalten einen Zuschuss von ca. zwei Euro pro Mittagessen. Kinder mit objektiven Schulproblemen erhalten ergänzend zu den schulischen Angeboten soweit erforderlich eine angemessene Lernförderung.

Gesundheitsreform

Die gesetzlichen Krankenversicherungen stehen vor einem Finanzierungsdefizit für 2011, das auf rund 11 Milliarden Euro geschätzt wird—selbst wenn wir berücksichtigen, dass die Wirtschaft wieder anzieht. Dies ist zum Einen die Folge der Wirtschaftskrise, aber zum Anderen auch Folge des demographischen Wandels. Längeres Leben und medizinischer Fortschritt kosten Geld—auch in Zukunft. Das wird jeder Versicherte aufbringen müssen—egal in welcher Form. Die Koalition hat sich unter anderem auf folgende Maßnahmen verständigt:

- Einsparungen bei Arzneimitteln/Pharmaindustrie
- höhere Zuschüsse zum Gesundheitsfonds aus dem Bundeshaushalt
- Beendigung der Beitragssenkung, die auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise eingeführt worden war
- höhere Zusatzbeiträge der Versicherten: dies sichert, dass Arbeit nicht immer teurer wird, sichert Arbeitsplätze und damit zusätzliche Einnahmen für die Krankenversicherungen.

Problematisch bleibt für Schleswig-Holstein die Krankenhausfinanzierung ohne bundesweit angenäherte Basisfallwerte.

Ohne höhere Eigenverantwortung und Eigenleistung der Versicherten wird es nicht gelingen, unseren hohen Standard der Gesundheitsversorgung zu erhalten.

Ich bin sicher: Wenn es uns gelingt, in diesem „Herbst der Entscheidungen“ die notwendigen Diskussionen diszipliniert und lösungsorientiert führen und wir die getroffenen Entscheidungen gemeinsam vertreten, wird die Koalition den Übergang in ein erfolgreiches Jahr 2011 schaffen.

Ihr



Ingbert Liebing, MdB